

Rezensionen

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **5 (1985)**

Heft 9

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zerstörung des Gehorsams

Peter Brückners politische Psychologie

1946 erzählte der junge Peter Brückner dem Romanisten und Marxisten Werner Krauss, er wolle Psychologie studieren. Krauss, mit der Hoffnung auf einen sozialistischen deutschen Staat vor Augen, schüttelte nur den Kopf. Er erklärte, was an dem Fach taue, werde im Sozialismus Teil der Biologie, der Neurologie oder der Pädagogik. Nun, Brückner hat sich nicht beirren lassen; sein ganzes Lebenswerk ist durchzogen vom Versuch, der Psychologie und ihrer eigenständigsten Methode – der psychoanalytischen Tiefenhermeneutik – den angemessenen Platz zu finden im Rahmen der emanzipativen Wissenschaftszweige.

Das Werk Brückners ist – eigentlich banal, hier aber eminent aufschlussreich – nicht von seiner Lebensgeschichte zu trennen. Brückner wurde 1922 in Dresden geboren. Jugend im Faschismus. In seinem Buch „Das Abseits als sicherer Ort“ (1980) erzählt er, wie man in solchen Zeiten überlebt, oder bildlicher, wie man anwesend bleibt, ohne da zu sein. „Anarchismus im Wildwuchs“ nennt Brückner später den Weg zur Bildung seiner „ironischen“ Identität aus List, Affirmation und Wissen. Die im Faschismus gelernte Fähigkeit, dem Sog der „gesellschaftlichen Normalität“ zu widerstehen, ist ihm ein Leben lang eigen geblieben.

In den Jahren 1939 und 1940 hat Brückner in Dresden Antifaschisten und Kommunisten kennengelernt, wird darauf zu einem in Wien stationierten Bataillon eingezogen, kehrt 1945 als Emissionär der Amerikaner zurück und wird in die KPD aufgenommen sowie beauftragt, am Aufbau der Universität Leipzig mitzuarbeiten; überwirft sich mit der Partei, konfrontiert mit den marxistisch-leninistischen Vorstellungen der Bildungsorganisation.

1948 übersiedelt er nach West-Berlin und Münster, wo er seine Studien fortsetzt und 1957 abschliesst; beginnt seine Erfahrungen in der Heim-Arbeit zu machen und wird gefeuert, als er auf Mitsprache in der Heimverwaltung besteht; danach betreibt er in Heidelberg Marktforschung. Dort wird er 1966 Mitglied des Republikanischen Clubs, 1967 wird ihm im Zusammenhang mit einem Streik an der Uni ein Hausverbot verpasst. 1968 wird Brückner Professor für Psychologie an der Universität Hannover. 1972 vom SPD-Minister von Oertzen wegen des Verdachts der „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ für anderthalb Jahre suspendiert. Freundschaft vor „Bürgerpflicht“ stellend, hatte er die steckbrieflich gesuchte Ulrike Meinhof beherbergt. Im Deutschen Herbst 1977 unterstützt er mit anderen Hochschullehrern, ohne sich später davon zu distanzieren, die Herausgeber des „Buback-Nachrufs“ von „Mescalero“. Die Folge: erneute Suspendierung und jahrelange Justizkomödien. 1982 stirbt Brückner während eines Ferienaufenthaltes in Nizza.

Ohne seine „Heimat“ – Lernen und Lehren mit anderen – hatte sich sein Herzleiden verschlimmert.

Seit 1982 sind nun auch die kleineren Arbeiten Brückners leicht zugänglich. Der Hannoveraner Psychologe Axel-R. Oestmann hat drei hervorragend zusammengestellte Sammelbände herausgegeben, alle im Wagenbach-Verlag, wo Brückner auch selbst seine letzten Bücher zu Lebzeiten herausgab.

Der Band *„Psychologie und Geschichte“* umfasst die Arbeiten, die jenen berühmten Vorlesungen zugrundeliegen, die Brückner 1980, von der Uni erneut suspendiert, im „Club Voltaire“ vortrug, einem hannoverschen Treffpunkt von Linken und Alternativen. Der erste Hauptteil des Buches enthält eine kritische Analyse der Freudschen Linken (Reich, Fromm etc.). Brückner versucht nachzuzeichnen, wie Psychologie als Hilfswissenschaft verstanden wurde, für die Geschichte (Horkheimer), die Soziologie oder die Politik (Reich). Die Freudsche Linke setzt meist nur bei der Hemmung an. Solange die Geschichte ihren (vorgedachten) Weg geht, bleibt für sie alleine der historische Materialismus zuständig. Erst wenn soziale Gruppen gegen ihre „objektiven“ Interessen verstossen, wird der Psychologie eine kleine Türe geöffnet. Aber gleichzeitig, wie die Sozialisten auf die Psychologie als Hilfswissenschaft rekurrieren, wird auch von der us-amerikanischen Industrie immer mehr Psychologie zur Erforschung der Arbeiter herangezogen. Beklagen die einen zuwenig Anpassung, so die andern zuwenig Anpassungsverweigerung. Die Antwort beider ist dieselbe: Quelle des Übels ist die Familie als Sozialisationsagentur. Freuds Frage bleibt auch für Brückner zentral: Wo und wie wird Herrschaft ins Innere des Individuums vermittelt?

„Was wird aus der Hand, die uns schlägt, was aus Schmerz und offener Gewalt? Gewalt geht durch einen Transformationsprozess, sie wird ‚Struktur‘, etwa im Sinne einer psychischen Struktur (Über-Ich), das Gewalt-same (violence) verschwindet und bleibt doch. Es schlägt sich in Stilen des Umgangs nieder, in Reaktionsgewohnheiten, Vermeidungen, Werten. Menschliche Beziehungen werden gewaltfrei, ohne im geringsten frei von Gewalt zu sein.“ (Brückner 1982, S.56)

Einen Gedanken Freuds (den vom Antagonismus zwischen Familie und Kultur) konsequent weiterdenkend, gelangt Brückner zu einer Kritik am Familien- und Faschismusverständnis der Freudschen Linken. So wie er die Familie betrachtet, ist diese nicht nur „Strukturfabrik“ im Sinne von Reich, nicht nur „Agentur“ der bürgerlichen Gesellschaft wie bei Fromm: sie produziert auch Erfahrungen einer alternativen Logik, einer nicht mit Warencharakter gänzlich durchseuchten Logik. D.h. auch, dass der Faschismus nicht (nur) an der definitiven Struktur (der autoritäre Charakter) oder an der allgemeinen Ich-Schwäche ansetzt, sondern an den Resten nichtentfremdeter Produktivität, Glückserfahrungen aus vergangener Ferne. Unter den folgenden Arbeiten sind vor allem die sozialhistorischen Skizzen zur Frage nach der Entstehung der kulturellen Hegemonie des Bürgertums besonderer Erwähnung wert.

Der Band *„Zerstörung des Gehorsams“* umfasst die wichtigsten Aufsätze Brückners zur politischen Psychologie; wie sich schnell zeigt, ist damit keineswegs im Sinne bürgerlichen Wissenschaftsverständnisses eine Psychologie gemeint, die sich neben anderen Bereichen auch noch mit der Politik be-

schäftigt. Bei der Analyse von auf den ersten Blick recht heterogenen Themen erweist sich Brückners Analyse/Methode als Modell einer psychologischen Analyse modo psychoanalytico, und zwar nicht im Sinne einer angewandten Psychoanalyse, sondern einer, die am Paradigma einer kritisch – hermeneutischen Sinnanalyse festhält, sich beim Transfer aus dem medizinischen Terrain aber verändert entsprechend der Veränderung des Gegenstandes.

Bei den Analysen zur Pathologie des Gehorsams, zur Psychologie des Mitläufers, zur Genese des Vorurteils, aber auch etwa bei seinen politisch-psychologischen Anmerkungen zur RAF oder beim Versuch, die Paradoxien der Protestbewegung zu verstehen, geht es um die Fragen, wie sich die psychische Situation des Einzelnen politisch auswirkt und umgekehrt, was unter bestimmten politischen Verhältnissen dem Einzelnen psychisch möglich ist. Und weil die „Sorge um das Individuum“ bestimmend bleibt, wird nie Politik oder Soziologie aus diesem Verständnis von politischer Psychologie. Brückner zeigt die Genese des Gehorsams und seine Folgen, die Quellen des Protestes und der Glückserfahrungen. Durch jede seiner Arbeiten zeigt sich seine Parteinahme für den berechtigten Protest und die emanzipative Absicht, aber,

„immer sehr skeptisch konstatiert Brückner die Nähe der Provozierenden zu den Provozierten. Er lässt keine Täuschung aufkommen über die regressiven Tendenzen zu parasitärem Hedonismus. Er bringt in Erinnerung, dass das Ziel der Befreiung nicht sein kann, die mitgebrachten Bedürfnisse zu befriedigen, sondern sie zu verändern und dass leistungsfetischisierende Gesellschaften nicht einfach durch Leistungsverweigerung zu verändern sind”

So Gernot Böhme über ‘Provokation als organisierte Selbstfreigabe’. Aber dies ist Brückner kein Grund zu Zynismus und Selbstentwertung. Auf Adornos Satz „Es gibt kein wahres Leben im falschen” replizierte Brückner: „– aber ein richtigeres.”

1984 erschienen unter dem Titel „*Vom unversöhnlichen Frieden*” Aufsätze zur politischen Kultur und Moral, vorwiegend Texte aus den 70er Jahren. Wie kann aus dem bürgerlichen „Herzens- und Bürgerethos die Moral des *new leftism* werden”? Von den bürgerlichen Tugenden zur linken Moral, da sind Brüche und Kontinuitäten, um die es Brückner geht. Und er markiert immer wieder unmissverständlich seinen Ausgangspunkt: Nicht das

„sittlich Böse, sondern das *historisch Böse*, das also, was Menschen einander gesellschaftlich antun; das Problem ist nicht Sünde, sondern Gewalt – die Gewalt von Herrschaft, Exploitation, Krieg. Denn Gewissen bildet sich im Mitgefühl mit den *Opfern*. (. . .) Jetzt, in der Sphäre der Praxis, entsteht fortwährend die Gefahr, dass die dialektische Spannung von Friede und Militanz zusammenbricht, beide Momente sich voneinander lösen und sich verabsolutieren – etwa im Legalismus hier und Terror dort, in ‘Innerlichkeit’ und Verbrechen.” (Brückner 1984, S.8)

Heinz Lippuner

- Peter Brückner: Das Abseits als sicherer Ort. Kindheit und Jugend zwischen 1933 und 1945. Wagenbach Tb, Berlin 1980.
- Psychologie und Geschichte. Wagenbach, Berlin 1982.
 - Zerstörung des Gehorsams. Aufsätze zur politischen Psychologie. Wagenbach, Berlin 1983.
 - Vom unversöhnlichen Frieden. Aufsätze zur politischen Kultur und Moral. Wagenbach, Berlin 1984.



**RUCKSTUHL, Urs/ GREUSING, Thomas/ LANGHANS, Peter/ WYSS, Eva:
Die psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung im Kanton Zürich.
Limmat Verlag, Zürich 1984, 345 S., Fr. 30.--**

Ein spezialisiertes Thema, ein vermutlich beschränkter Leserkreis und eine aufwendige und gründliche Erhebung: solche Publikationen entspringen meistens dem finanzierten Fleiss wissenschaftlicher Experten oder öffentlicher Institutionen und tragen dann auch die Merkmale des akademischen 'short-circuit'-Denkens und Prestigeanspruches in sich. Nicht so in diesem Falle: Vier engagierte Autoren aus der Zürcher Sozialarbeit-Szene haben es aus eigener Initiative unternommen, Struktur, Schichtenspezifität, Entwicklungen und Tendenzen einer psychiatrischen Versorgung am Beispiel des Kantons Zürich kritisch zu untersuchen. Aufgrund intensiver Recherchen kommen sie zu wichtigen politischen Schlüssen, die auch jedem bürgerlich-liberalen Machträger oder Funktionär zu denken geben werden. Und die engagierte Linke wird, zumindest auf diesem Sektor, mit dieser Analyse vom Verdacht befreit, ihre Kritik an den psychiatrischen Zuständen im real existierenden Kapitalismus auf immer nur rein agitatorisch-polemische Argumente zu stützen. Kurz zusammengefasst: Die psychiatrische Versorgung der Zürcher Bevölkerung zeigt schicht- und klassenspezifische Unterschiede mit einer klaren Tendenz zur Diskriminierung des unteren, proletarischen Bevölkerungsteils. Die Angebote der Psychotherapie und der privaten Fachleute bevorzugen eindeutig die Oberschicht, während sich das durchschnittliche Volk eher mit den Leistungen des öffentlichen, staatlichen Angebots begnügen muss. Damit aber nicht genug. Dieses offensichtliche Gefälle drückt sich nämlich auch hinsichtlich Methoden, Differenzierung und Vielfalt des Angebots, diagnostischer und prognostischer Diskriminierung der angewandten Praxis aus, so dass quantitativ und qualitativ von einer eigentlichen Klassenmedizin/-therapie gesprochen werden kann.

Gewiss wird man von seiten der herrschenden Psychiatrie und Psychotherapie die hier vorgelegten Ergebnisse bestreiten und zunächst die Untersuchungsmethode zu disqualifizieren versuchen. Nun kann man bekanntlich die angewandte Fragebogenmethode oder die Aufrichtigkeit der Informanten immer relativieren – einen Einblick in die Verhältnisse gestatten sie allemal, wobei der statistisch-empirische Teil des Buches die wichtigen kritischen Überlegungen zum Stand der Psychiatrie überhaupt zu fundieren vermag. Darin liegt die Stärke dieses Buches, insbesondere auch, weil die Autoren in ihren Überlegungen nicht einfach einer reparativ-idealistischen Ausweitung der Psychiatrie das Wort reden, sondern sich der Gefahren einer reformi-

stischen Über-Psychiatisierung voll bewusst bleiben. Ihre Kritik reicht weit über die lokalen Gegebenheiten hinaus und befasst sich auch mit der Funktion der sozialen Kontrolle in der Psychiatrie bis hin zur italienischen Antipsychiatrie, etwas wenig allerdings mit dem Zustand der 'Psychotherapie'. Amüsant und gleichzeitig erschreckend ist die Einschätzung der Postulate der Linksparteien und Gewerkschaften zur Lage der Psychiatrie: phrasenhafte und inkompetente Worte oft, die letztlich die Psychiatrie ihrem bürgerlich-sozialstaatlichen Schicksal überlassen.

Berthold Rothschild



MAZENAUER, Bea : Psychisch krank und ausgeliefert? – Die Rechte des psychiatrischen Patienten im Vergleich zum Somatischkranken. Collection volk+recht, Band 6, Bern 1985, 201 S.

Die öffentliche Entrüstung und Polemik um die Versuche, den Winterthurer Untersuchungshäftling Alex W. gegen seinen Willen psychiatrisch begutachten zu lassen, die Psychiatrie in den Dienst einer fragwürdig gewordenen Justiz zu stellen, ist genauer betrachtet nur eines von unzähligen Beispielen eines seit langem bestehenden Problems. Es geht um Rechte bzw. die Einschränkung des Rechtsanspruchs der von der Psychiatrie erfassten oder 'behandelten' Subjekte mit den Methoden der institutionalisierten Psychiatrie. Immer wieder entsteht der Verdacht auf eine juristisch-medizinische Grauzone, einer Kollusion, in deren Nebel allgemeinste Menschenrechte zu verschwimmen drohen, wo für die Betroffenen und Opfer die Möglichkeiten des Sich-zur-Wehr-Setzens und des Widerstandes unklar bleiben. Auch wenn man einer juristischen Formalisierung dieser Rechte mit Skepsis begegnen mag, so wäre damit zumindest eine Grundlage geschaffen, die oft verklärten Verhältnisse einzusehen, die Unzulänglichkeiten und Missbräuche beim Namen zu nennen und für bessere Rechtsverhältnisse zu kämpfen.

Man kann es als Glücksfall bezeichnen, dass die erste umfassende und auf den aktuellen Stand gebrachte, wissenschaftlich ausgewiesene Bearbeitung dieses Themas von Beatrice Mazenauer an die Hand genommen und mit kritischem Zugang durchgeführt wurde. Als Dissertation verfasst, liegt diese gründliche und herausfordernde Arbeit nun als Buch vor und wird wohl für lange Zeit das massgebende Quellen- und Referenzwerk zu Fragen des Rechtes bzw. Unrechtes in der Psychiatrie bleiben. Die Autorin hat es sich nicht leicht gemacht: Um sich auch in die Praxis einzustimmen, hat sie ein längeres Praktikum in einer psychiatrischen Klinik absolviert, hat sich während Jahren mit politischen und juristischen Teilproblemen (z.B. der neu formulierten 'fürsorgerischen Freiheitsentziehung' nach Art. 397 a ff ZGB) direkt und auch publizistisch auseinandergesetzt und schliesslich mit der Publikation ihrer Dissertation die politisch brisante Feststellung erhärtet, dass Rechte und Sitten in der Psychiatrie nicht einmal dem minimalen Rechtsanspruch

sogenannter 'normaler', d.h. somatischer Patienten entsprechen.

Auch der juristische und psychiatrische Laie wird immer wieder auf dieses Buch zurückgreifen müssen, will er sich über Grundsätze, Tendenzen, Praxis und Missbrauch der Psychiatrie, aber auch Formen des legalen Widerstandes informieren. Bei diesen Gelegenheiten wird man feststellen können, dass es trotz der an sich 'trockenen' Materie an einer gewissen Lebendigkeit des Buches nicht fehlt, eine Eigenschaft, die der Autorin bei ihrem kritischen Marsch durch das Gestrüpp der Institutionen zugute kam, ohne dass sie daran irr geworden wäre. Ganz im Gegenteil: Wenn auch nicht dem Recht, so ist sie damit doch der Klarheit über das Unrecht einen wichtigen Schritt näher gekommen. Alles Weitere findet dann ohnehin nicht mehr in Büchern statt.

Berthold Rothschild



SCHMIDT, M.G.: Der Schweizerische Weg zur Vollbeschäftigung. Campus Verlag. Frankfurt/New York 1985. 151 S. Br., Fr. 30.

„Insgesamt zeigt sich, dass die Schweiz einen eigenen Weg zur Vollbeschäftigung eingeschlagen hat. Man kann ihn als den nationalliberal-sozialpartnerschaftlichen Weg zur Vollbeschäftigung bezeichnen. Hiermit wurde nur oder immerhin – je nach Standpunkt – eine Vollbeschäftigung für Einheimische gesichert“. Dies ist auf eine etwas schmissige Formel gebracht das Resultat der neuen Studie von M.G. Schmidt über die schweizerische Beschäftigungspolitik der letzten Jahre. Hinter dieser Formel verbirgt sich eine aufschlussreiche und kritische Analyse des „Sonderfalls Schweiz“. Um es gleich vorwegzunehmen: Die Arbeit liefert keine theoretische, aus den speziellen Akkumulationsbedingungen des Schweizer Kapitals abgeleitete Erklärung der Krise und der Krisenbewältigung. Der methodische Ansatz versteht sich als „politwissenschaftlich-institutionalistisch“. Als für die Beschäftigungspolitik relevant werden daher vor allem die Machtverteilung zwischen sozialen und politischen Gruppen, die Art und Weise der Konfliktregelung zwischen Kapital und Arbeit und der Typus der von Regierenden und Regierten akzeptierten Ideologie untersucht.

In der anhaltenden Hochkonjunktur der Nachkriegsjahre hat in der Schweiz eine „echte“ Vollbeschäftigung geherrscht, wobei der zunehmenden Nachfrage nach Arbeitskräften ein zunehmendes Angebot an inländischen und vor allem auch ausländischen Arbeitskräften gegenüberstand. Von 1974 an wies zwar die schweizerische Arbeitsmarktstatistik immer noch „Vollbeschäftigung“ aus. Diese basierte aber forthin auf einem „Gleichgewicht“ zwischen abnehmender Nachfrage und einem *parallel dazu abnehmenden Arbeitskräfteangebot*. Bekanntlich nahmen die Arbeitsplätze in der Schweiz um nahezu 10 Prozent ab, der grösste Rückgang aller OECD-Länder.

Die schweizerische *Arbeitsmarktpolitik* in den Siebzigerjahren bestand hauptsächlich aus einer Fremdarbeiterpolitik, d.h. einer restriktiven Einwanderungspolitik und – allerdings nach Schmidt zu einem kleineren Teil – der unfreiwilligen Abwanderung von Ausländern durch die explizite Bevorzugung

von Schweizern. Ohne diese Arbeitsmarktpolitik wäre die Schweiz wie andere Länder mit einer Massenarbeitslosigkeit konfrontiert worden, die der Autor für die Siebzigerjahre auf 7 bis 11 Prozent beziffert. Zur Wahrung der nationalen Interessen und zur Sicherung des prioritären Schutzes der einheimischen Arbeitskräfte habe man zu den ansonsten so verpönten Mitteln des „bürgerlichen Staatssozialismus“ gegriffen: dem staatlichen Dirigismus in der Fremdarbeiterpolitik.

Bei der *Konjunkturpolitik* wurden hingegen staatliche Interventionen kaum angewandt, wodurch es überhaupt erst zu einem solchen Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften kommen konnte. Die Wirtschaftspolitik der Siebzigerjahre war durch eine restriktive Geldpolitik gekennzeichnet gewesen, um die den Bankplatz Schweiz gefährdende Inflation zu bekämpfen, was schliesslich auch gelang. Der Preis hierfür war aber eine Verstärkung der durch den Weltmarkt verursachten Rezession. Eine Nachfragesteuerung, die dieser Tendenz hätte entgegenwirken können, fand praktisch nicht statt.

Abgesehen von einigen Konjunkturspritzen (Investitionsprogramme, später Impulsprogramme) war diese Wirtschaftspolitik durch eine Absage an keynesianische und sozialdemokratisch-interventionistische Komponenten gekennzeichnet.

Wie war die Krisenbewältigung, die einseitig zulasten der ausländischen und schwächeren Arbeitnehmergruppen ging, politisch durchsetzbar? Der Autor argumentiert, die Anpassung des Arbeitsmarktes mittels Abbau von Ausländern sei politisch nicht ungelegen gekommen. Sie bot dem Bundesrat die Gelegenheit, den drängenden Forderungen der Überfremdungsgegner mindestens zu einem Teil entgegenzukommen. Die von Regierten und Regierenden gleichermaßen akzeptierte Ideologie förderte zudem die Spaltung der abhängig Beschäftigten nach Nationalitätsstatus. Gemeinsame Zielsetzung war der Schutz der einheimischen Arbeitskräfte. Dieser Konsens beruht auf einem System des Arbeitsfriedens, das anders als das schwedische oder österreichische Modell nicht durch ein annäherndes Gleichgewicht der Sozialpartner, sondern durch eine relative Schwäche von Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie gekennzeichnet ist. Dominant sei deshalb in der Wirtschaftspolitik eine „wachsamer Politik der wirtschaftlichen Eliten“, die allerdings über das System der Vernehmlassung etc. „gegen unten“ offen sei und deshalb auf die Mitarbeit bzw. Duldung durch die Arbeiterbewegung zählen könne.

Mit dieser Interpretation der politischen Durchsetzbarkeit der Schweizer Beschäftigungspolitik macht es sich Schmidt etwas leicht. Nicht untersucht wird beispielsweise die Tatsache, dass die restriktive Personalpolitik in den Unternehmungen teilweise mit „klassischen“ Repressionsmassnahmen durchgesetzt wurde. Nicht erwähnt wird zudem, dass es auch hierzulande zu – wenn auch vereinzelt – Kämpfen gegen Entlassungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen kam. Schliesslich war der Konsens über die Fremdarbeiterpolitik auch in der Gewerkschaftsbewegung nicht so unumstritten wie Schmidt es darstellt. Immerhin setzen sich wichtige Gewerkschaften seit Jahren aktiv für eine humanere Einwanderungspolitik und die Abschaffung des Saisonarbeiterstatuts ein. Das Saisonarbeiterstatut war eine der

wichtigsten Voraussetzungen für die nahezu „reibungslöse“ Reduzierung des Bestandes an ausländischen Arbeitskräften. Es stellt sich in diesem Zusammenhang ferner die Frage, ob mit der prinzipiellen Absage der Wirtschaftspolitik an keynesianische Kompromisslösungen nicht auch in der Schweiz das Ende der sozialpartnerschaftlichen Konsensfindung eingeläutet wurde.

Trotzdem bleibt in der Studie eine Grundaussage bestehen: wohl in keinem anderen Land wurde es dem Kapital so leicht gemacht, sein Krisenmanagement durchzusetzen, ohne wesentliche Konzessionen an die Arbeiterbewegung machen zu müssen. Dabei hätte gemäss Schmidt ein weiter Spielraum bestanden, um die Beschäftigungssituation nur schon mit klassischen keynesianisch-interventionistischen Massnahmen zu verbessern. Wäre noch hinzuzufügen: Wirtschaftspolitische Alternativen auch seitens der oppositionellen Gewerkschaften und Linksparteien, die über eine Aufstockung von Investitionsprogrammen hinausgingen, haben leider gefehlt . . . und fehlen weitgehend auch heute noch.

Hans Baumann

**Um die Situation der WoZ wissen
und sie nicht abonnieren, ist ein
Widerspruch.**

**Möglich,
dass Sie damit leben können.**

Die WoZ kann nicht.

Abonnieren Sie jetzt

WoZ
Die Wochenzeitung

Abo-Service 9-12 Uhr 01 / 363 02 02